

Niederschrift zur Vorschlagsliste für die Wahl eines Verwaltungsrates bei der AOK Bayern

für die Wahlvorschlagsliste „Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Kolpingwerk, Evangelische Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen in Bayern und Thüringen (EAG) in der AOK Bayern“.

Der Bezirksvorstand des DGB Bayern hat per Umlaufbeschluss vom 9.11.2022 die aufgeführten Kandidatinnen und Kandidaten gemäß der beigefügten (Anlage 1) „Grundsätzen zur Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Listen von DGB und Mitgliedsgewerkschaften zu den Sozialversicherungswahlen 2023“ beschlossen.

Gleiches gilt für den Landesvorstand der ACA Bayern, dieser hat per Umlaufbeschluss vom 10.11.2022 die aufgeführten Kandidatinnen und Kandidaten unter Berücksichtigung der „Grundsätze zur Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Listen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA) Bayern zu den Sozialwahlen 2023 (Anlage 2) beschlossen.

Bewerbungs- und Reihungsprozedere DGB

1. Zur demokratischen Legitimation der Listenaufstellung hat der DGB Bayern ein öffentliches Bewerbungsverfahren zur Sozialwahl 2023 betrieben. Auf den Internetseiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes (sowohl auf Bundesebene wie auch auf den regionalen Seiten) erfolgte die Kandidat*innensuche für die Selbstverwalter*innen-Gremien der Unfall-, Kranken-, und Rentenversicherung. Mit einem online-Formular konnten dort alle wählbaren Gewerkschaftsmitglieder des DGB ihre Bewerbungen abgeben.
2. Darüber hinaus wurden Kandidat*innen-Vorschläge berücksichtigt, die über die Aufrufe der DGB-Gewerkschaften in den Betrieben, und dort im Rahmen von Betriebsversammlungen und/oder Aushängen erfolgten.
3. Die Kandidat*innen wurden vom jeweiligen Gewerkschaftsgremium (Vorstand) beschlossen und an den DGB benannt. Beim DGB erfolgte die Listenaufstellung unter Berücksichtigung der beteiligten Organisationen, des gesetzlich geregelten Geschlechterproporzes, der Beteiligung unterschiedlicher Branchen und Regionen sowie den bisher gesammelten Erfahrungen in der sozialen Selbstverwaltung gemäß den DGB-Kandidat*innen-Grundsätzen (siehe Anhang 1).
4. Alle Vorschläge der Mitgliedsorganisationen wurden in der von den Organisationen verhandelten Reihenfolge nach den unter Punkt 3. genannten Kriterien berücksichtigt. Nachfolgend wurden die Vorschlagslisten vom höchsten satzungsgemäß dazu legitimierten Beschlussgremium des DGB Bayern final beschlossen.
5. Der DGB Bayern als Listenträger erklärt für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Mitglieds des Selbstverwaltungsgremiums, den/die Nachfolger/in gemäß §60 Abs.1/1a unter Berücksichtigung der Geschlechterquote von der Stellvertreterliste zu benennen.

Bewerbungs- und Reihungsprozedere ACA

1. Zur demokratischen Legitimation der Listenaufstellung wurde ein öffentliches Bewerbungsverfahren eingeleitet. Auf den Internet-Seiten der "ACA Bund" war es allen Mitgliedern der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Kolpingwerk und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen in Bayern und Thüringen (EAG) möglich sich für die bundesunmittelbaren als auch für die regionalen Sozialversicherungsträgern zu bewerben.
2. Zusätzlich wurden Bewerbungen von Kandidaten*innen einbezogen, die durch regionale Publikationen und Internetseiten oder im Rahmen von Veranstaltungen und Gruppentreffen sich beworben haben.

3. Die Kandidaten*innen der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) und dem Kolpingwerk wurden von diözesanen Gremien (Diözesanvorstand) vorgeschlagen und an den jeweiligen Landesverband benannt.
4. Von den drei Landesverbänden Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Kolpingwerk und Evangelische Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen in Bayern und Thüringen (EAG) wurden anschließend die Kandidaten*innen ebenfalls bestätigt und zur konkreten Listenaufstellung der ACA Bayern vorgeschlagen.
5. Die Verbände verhandelten gemeinsam die Reihenfolge der Listenaufstellung. Die Grundlagen der Listenaufstellung bezogen sich auf eine angemessene Beteiligung der Organisationen, dem gesetzlich geregelten Geschlechterproporz, der Berücksichtigung verschiedener Regionen und den bisherigen Erfahrungen engagierter Vertreter*innen in der Sozialen Selbstverwaltung. Die Vorschlagslisten wurden vom ACA Landesausschuss und ACA Landesvorstand beschlossen.
6. Die Listenträger erklären für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Mitglieds des Selbstverwaltungsgremiums, den/die Nachfolger/in gemäß §60 Abs.1/1a unter Berücksichtigung der Geschlechterquote von der Stellvertreter-Liste zu benennen.

München, den 11.11.2022



Bernhard Stiedl
(Listenvertreter)



Angelika Görmiller
(stellvertretende Listenvertreterin)

Anlagen:

- Anlage 1: Grundsätze zur Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Listen von DGB und Mitgliedsgewerkschaften zu den Sozialversicherungswahlen 2023
- Anlage 2: Grundsätze zur Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Listen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA) Bayern zu den Sozialwahlen 2023

18.01.2022

Grundsätze zur Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Listen von DGB und Mitgliedsgewerkschaften zu den Sozialversicherungswahlen 2023



Am 31. Mai 2023 finden die Wahlen zu den Selbstverwaltungsgremien der Krankenkassen, der Rentenversicherungsträger und der Unfallversicherungsträger statt. Bis zum Ende des Sommers 2022 müssen DGB und Mitgliedsgewerkschaften die Kandidatenlisten für diese Wahlen aufstellen.

Grundlage der Arbeit für gewerkschaftliche Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter ist der Auftrag des Gesetzgebers nach § 1 Abs. 1 SGB I. Die Selbstverwaltungsgremien sind die höchsten Entscheidungsorgane der Sozialversicherung. In der gesetzlichen Krankenversicherung treffen sie die strategischen Entscheidungen der Krankenkassen und überwachen die hauptamtlichen Vorstände. In der Rentenversicherung und in den Unfallversicherungsträgern sind sie darüber hinaus auch für die Verwaltung der Versicherungsträger zuständig. Diese weitgehenden Kompetenzen entsprechen dem Demokratieprinzip unseres Sozialstaates: Die Sozialversicherungen als Kernstück und tragende Säulen unseres sozialen Sicherungssystems prägen mit ihren umfangreichen Leistungen in erheblichem Umfang die Lebens- und Arbeitssituation des größten Teils der Bevölkerung. Deshalb ist es unabdingbar, dass Vertreter/innen derjenigen, die die Sozialversicherungen finanzieren und auf ihre Leistungen angewiesen sind, erheblichen Einfluss auf die Leistungskonkretisierung und die wirtschaftliche Verwendung der Mittel nehmen.

Die Regelungen zu Leistungen, auf die die Versicherten dem Grunde nach Anspruch haben, und Vorschriften über die Qualität sowie wirtschaftlichen Umgang bei der Erbringung von Leistungen sind immer komplexer geworden. Dementsprechend anspruchsvoller wird die Arbeit der Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter.

Um ihre Verantwortung in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen angemessen wahrzunehmen und die vorhandenen Gestaltungsspielräume im Interesse der Versicherten ausschöpfen zu können, müssen DGB und Gewerkschaften daher auf eine qualifizierte Besetzung der Selbstverwaltungsorgane achten.

Folgende Grundsätze finden bei der Auswahl der Kandidatinnen/Kandidaten für die Listen von DGB und Mitgliedsgewerkschaften zu den Sozialversicherungswahlen 2023 Anwendung:

1. Kompetenzen in der Selbstverwaltung

Die nachfolgenden Anforderungen sind so zu verstehen, dass nicht jede/r Kandidat/in alle diese Voraussetzungen mitbringen muss, sondern dass die DGB-Gruppe insgesamt diese Kompetenzen einbringt.

Die Kolleginnen und Kollegen, die auf den DGB- und Gewerkschaftslisten für die Sozialwahlen kandidieren, müssen bereit sein, sich in Schulungen, Tagungen usw. weiterzubilden und kontinuierlich die aktuelle sozialpolitische Diskussion und Entwicklung, insbesondere in den für ihre Sozialversicherung relevanten Bereichen zu verfolgen.

Durch die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten ist zu gewährleisten, dass in der Gewerkschaftsgruppe in jedem Selbstverwaltungsorgan folgende Kompetenzen abgedeckt sind:

- Fachliche Kompetenzen
 - Kenntnisse des gegliederten Sozialversicherungssystems
 - Hilfe beim Zugang zu bedarfsgerechten Leistungen
 - Strategische Planung und Controlling
 - Grundsätze von Organisations- und Personalentwicklung
 - Haushaltsplanung, Jahresabschluss, Bilanzen
 - Finanz- und Investitionsplanung
- Soziale Kompetenzen in Hinblick auf die erforderliche Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen in der Selbstverwaltung und mit hauptamtlichen Geschäftsführern bzw. Vorständen, wie z. B.
 - Individuelle Beratungskompetenz
 - Kommunikations-, Verhandlungs-, Konfliktlösungskompetenzen
 - Sitzungsvorbereitung und -leitung
 - Durchsetzungsfähigkeit

Die Zusammenstellung der Listen sollte möglichst die Zusammensetzung der Versicherten des jeweiligen Trägers widerspiegeln. Bei der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten ist ein Generationenwechsel anzustreben. Die Kandidatinnen und Kandidaten sollten nach der Wahl noch mindestens eine halbe Wahlperiode im Arbeitsleben verbleiben, um die betriebliche Anbindung zu gewährleisten.



2. Einbindung der Kandidaten/innen in die gewerkschaftliche Arbeit

Die Arbeit der Gewerkschaftsvertreter/innen in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungen erfolgt im Rahmen der sozialpolitischen Programmatik des DGB und der gewerkschaftlichen Beschlüsse zur Sozialpolitik. Dies erfordert einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen DGB und Gewerkschaften und den Selbstverwalter/innen. Ist der/die versichertenseitige Vorsitzende Mitglied einer DGB-Gewerkschaft, ist er/sie Ansprechpartner/in der gewerkschaftlichen Listenträger. Ansonsten ist ein/e Kollegin/Kollege als Ansprechpartner/in zu bestimmen. Die Kandidaten/innen auf den DGB- und Gewerkschafts-Listen für die Sozialwahl 2023 sind verpflichtet,

- eine mehrjährige Mitgliedschaft sowie aktive gewerkschaftliche Tätigkeiten bei einer DGB-Gewerkschaft oder beim DGB nachzuweisen;
- regelmäßig einen satzungsgemäßen Beitrag zu zahlen;
die notwendige Zeit für die Gremiensitzungen inklusive der Vorbereitungssitzungen und für die individuelle Vorbereitung auf die Sitzungen aufzubringen;
- im Rahmen der gewerkschaftlichen Programmatik, Beschlusslage und Strategien zu arbeiten;
- über ihre Tätigkeit gegenüber ihrer Gewerkschaft und dem DGB zu berichten; dazu gehören auch frühestmögliche Informationen über diskutierte/geplante strukturelle Veränderungen des Sozialversicherungsträgers, in dessen Selbstverwaltung sie tätig sind;
- ihr Mandat zurückzugeben, wenn
 - sie ihre Gewerkschaftszugehörigkeit aufgeben, ohne eine neue bei einer anderen DGB-Gewerkschaft zu begründen;
 - sie aus einer DGB-Gewerkschaft ausgeschlossen werden;
 - sie als Beauftragte aus dem Beschäftigungsverhältnis zum DGB oder einer DGB-Gewerkschaft ausscheiden bzw. die ehrenamtliche Funktion nicht mehr ausüben, auf deren Grundlage die Beauftragung erfolgte.

Kandidaten/innen, soweit sie im Anschluss an die Sozialwahlen in Leitungsfunktionen gewählt werden (Verwaltungsrat; Vertreterversammlung, Vorstände, Ausschüsse), sollen bereit und von ihren sonstigen Belastungen in der Lage sein, sich in gewerkschaftliche Diskussionen und in sozialversicherungsträgerübergreifende Veranstaltungen zur Erarbeitung und Abstimmung von Strategien in den Sozialversicherungsträgern einzubringen.

3. Hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre/innen in der Selbstverwaltung

Bei jedem Sozialversicherungsträger soll in der Regel mindestens ein/e hauptamtliche/r DGB-/Gewerkschaftssekretär/in Mitglied in der Selbstverwaltung sein. Um dies sicherzustellen, können bei den Regionalträgern, den Unfallversicherungsträgern, den Betriebskrankenkassen, den Innungskrankenkassen und den Allgemeinen Ortskrankenkassen Beauftragte benannt werden.

Diese hauptamtlichen Kollegen/innen haben insbesondere die Aufgabe, ggf. zusammen mit dem/der versicherungsseitigen Vorsitzenden des Gremiums

- für gewerkschaftsseitige Betreuung der SV-Vertreter zu sorgen (ggf. durch Kontakthalten zu den zuständigen Sekretären bei Gewerkschaften und DGB);
- Vorbesprechungen zu den Gremiensitzungen zu organisieren und vorzubereiten;
- die Diskussion zwischen Selbstverwaltung und den jeweils zuständigen DGB- und Gewerkschaftsgremien zu organisieren;
- Schulungsmaßnahmen für die Mitglieder ihrer Selbstverwaltung zu organisieren;
- wo erforderlich, externe Beratung für die Gewerkschaftsvertreter/innen in dem jeweiligen Selbstverwaltungsorgan zu organisieren;
- die Beteiligung an trägerübergreifenden strategischen Diskussionen der Selbstverwaltung sicherzustellen.

DGB und Gewerkschaften räumen diesen Kollegen/innen den für diese Arbeit erforderlichen zeitlichen Raum ein.

Für die Besetzung der Selbstverwaltungsorgane der Spitzenverbände gilt Entsprechendes.



4. Erhöhung des Anteils der Kolleginnen in der Selbstverwaltung

Die Satzung des DGB bestimmt, dass Frauen in den Gremien und den Delegationen, in denen der DGB die Benennungskompetenz hat, mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft in Mandaten vertreten sein sollen. Um die Chancen von Frauen zu erhöhen und den im Gesetz definierten Frauenanteil bei den Mandatsträger/innen zu erreichen, sollte bei der Aufstellung der Vorschlagslisten für die Sozialwahlen die Hälfte der Listenplätze mit Kandidatinnen besetzt werden.

Es ist im Interesse des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, zu einer gleichberechtigten Beteiligung von Frauen in den Gremien der Sozialversicherungen zu kommen. Frauen sollen zunehmend als Vorsitzende von Vertreterversammlungen, Vorständen und Verwaltungsräten in Führungspositionen gelangen.

5. Gewährleistung der Kontinuität der Arbeit der Selbstverwaltung

Um die Kontinuität der gewerkschaftlichen Arbeit in der Selbstverwaltung langfristig zu gewährleisten, sollten auf jede Vorschlagsliste selbstverwaltungserfahrene Kollegen/innen und solche, die erstmals kandidieren und noch eingearbeitet werden müssen, aber die Gewähr bieten, Erfahrungen und Kenntnisse in die nächste Wahlperiode weiterzutragen, in einem angemessenen Verhältnis zueinanderstehen.

6. Gesetzliche Wählbarkeitsvoraussetzungen

Die Kandidaten/innen auf den Vorschlagslisten für die Sozialwahlen müssen die in § 51 SGB IV genannten Wählbarkeitsvoraussetzungen erfüllen.

7. Verfahren

Für die Aufstellung der Listen gelten folgende Zuständigkeiten:

Sozialversicherungsträger	Zuständig ist:
- Unfallversicherungsträger	jeweils zuständige Gewerkschaften
- BKKen	Jeweils zuständige Gewerkschaft; Erstreckt sich eine BKK nach Fusion auf die Organisationsbereiche mehrerer Gewerkschaften, ist diejenige Gewerkschaft federführend zuständig, zu deren Organisationsbereich die größte der in der Fusion aufgegangenen BKKen gehörte. Bei virtuellen BKKen ist der DGB-Bezirk zuständig, in dem sich der Sitz der Kasse befindet. Diese Regelung kann auch bei BKKen angewendet werden, bei denen nach Öffnung und Fusionen eine klare Gewerkschafts-Zuordnung nicht möglich scheint.
- Knappschaft Bahn See	IG BCE, EVG, ver.di
- Regionalträger der DRV - AOKen	DGB-Bezirke Sofern Zuschnitte örtlicher Gliederungen der Träger mit denen von DGB-KV/SV übereinstimmen, kann der Bezirksvorstand die Koordination auf KV/SV per Beschluss übertragen.
- IKKen	DGB- Bezirke zusammen mit den zuständigen Gewerkschaften
- DRV Bund - Ersatzkassen	DGB-Bundesvorstand und einzelne Gewerkschaften

Der DGB stellt bei den Sozialversicherungsträgern, bei denen er die Zuständigkeit hat, in Abstimmung mit den Gewerkschaften die Listen auf und beschließt diese durch seine Gremien. Dazu gibt es folgendes Procedere:

Zur demokratischen Legitimation der Listenaufstellung gemäß § 15 SVWO betreibt der DGB ein öffentliches Auswahlverfahren zur Sozialwahl, indem über die Internet-Seiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) die Kandidat/Innen-Suche für die Selbstverwaltergremien der Unfall-, Kranken-, und Rentenversicherung erfolgt. Mit einem online-Formular werden erwerbstätige Versicherte sowie Rentnerinnen und Rentner aufgefordert, ihre Bewerbungen abzugeben.

Darüber hinaus werden Kandidat/Innen-Vorschläge berücksichtigt, die über die Aufrufe der DGB-Gewerkschaften in den Betrieben, und dort im Rahmen von Betriebsversammlungen und/oder Aushängen erfolgen. Die Kandidat/Innen werden auf ihre Mitgliedschaft beim gewünschten Träger überprüft. Die Wahl-Listen werden vom jeweiligen Gewerkschaftsgremium (Vorstand) beschlossen und an den DGB benannt. Beim DGB erfolgt die Listenaufstellung unter Berücksichtigung des gesetzlich geregelten Geschlechterproporzes. Alle Vorschläge der Mitgliedsorganisationen werden abwechselnd in der von den Organisationen verhandelten Reihenfolge berücksichtigt. Nachfolgend werden die Vorschlagslisten vom höchsten satzungsgemäß dazu legitimierten Beschlussgremium des DGB final beschlossen. Das gleiche Verfahren gilt im Falle des Ausscheidens eines Mitglieds einer Vertreterversammlung oder eines Verwaltungsrates für die Besetzung des/der Nachfolger/in. Durch eine Niederschrift zur Wahlvorschlagsliste findet der Nachweis darüber statt, welche Liste



wann, wo und durch welches Gremium beschlossen worden ist. Die Niederschrift wird zusammen mit der Vorschlagsliste beim Wahlausschuss des Trägers eingereicht.

Die Verbandsgremien werden durch Delegation durch die jeweiligen Mitglieder besetzt. Sie haben hinsichtlich der von den Gewerkschaften in der Selbstverwaltung verfolgten Ziele eine sehr hohe strategische Bedeutung. Deshalb müssen die gewerkschaftsseitigen Vorschläge zur Besetzung dieser Gremien unbedingt durch die DGB-Bezirke bzw. den DGB-Bundesvorstand koordiniert werden.



Grundsätze zur Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Listen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA) Bayern zu den Sozialwahlen 2023

Im Juni 2023 finden die Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Deutschen Rentenversicherung, der Krankenversicherungen und der Berufsgenossenschaften statt. Die Mitgliedsverbände der ACA treten auch bei diesen Sozialwahlen an.

Die Grundlage der Arbeit der Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter leitet sich aus dem Auftrag des Gesetzgebers nach 1 § 1 Abs. SGB I¹ ab.

Die Gremien der Selbstverwaltung sind die höchsten Entscheidungsträger innerhalb der Sozialversicherung. In der gesetzlichen Krankenversicherung treffen sie grundsätzliche und strategische Entscheidungen und kontrollieren die hauptamtlichen Vorstände. In der Rentenversicherung und in den Versicherungsträgern der Unfallversicherung sind sie auch für die Verwaltung der jeweiligen Versicherungsträger verantwortlich.

In Zukunft werden die Herausforderungen und Aufgaben in der Selbstverwaltung für die in der Selbstverwaltung tätigen ehrenamtlichen Funktionsträger komplexer und differenzierter.

Damit die Selbstverwalter ihre Verantwortung für die Mitbeteiligung und Mitgestaltung im Interessen der ihnen anvertrauten Versicherten gerecht werden, ist es unabdingbar, motivierte, kompetente und qualifizierte Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter zu suchen, zu befähigen und zu begleiten.

Die ACA Bayern wird sich bei folgenden Sozialversicherungsträgern zu Wahl stellen:

Deutsche Rentenversicherung

- * DRV Bayern Süd
- * DRV Nordbayern
- * DRV Schwaben

AOK Bayern

Kommunale Unfallversicherung Bayern

¹Siehe Anhang



Verbandliche Grundsätze und persönliche Anforderungen an die Kandidatinnen und Kandidaten

Transparente Nominierung der Mandatsträger

- Die Kandidatin/der Kandidat muss die Wählbarkeitsvoraussetzungen als Versicherte/r nach § 51 SGB IV für die gesamte Amtsperiode erfüllen.
- In den Mitgliedsverbänden erfolgt eine öffentliche Ausschreibung (Diözesanzeitschriften, Homepage) der Mandate. Nur Mitglieder aus den Verbänden können sich bewerben.
- Die Mandatsverteilung und –platzierung zwischen den ACA Mitgliedsverbänden wird durch den ACA Landesvorstand wahrgenommen.
- Die Mitgliedsverbände entscheiden in ihren satzungsgemäßen Gremien über die Bewerbungen für die Mandate der Versicherungsträger.
- Die Gesamtentscheidung über die einzureichenden Vorschlagslisten trifft eine ACA Landesdelegiertenversammlung.
- Die Ergebnisse der Entscheidungen werden auf den jeweiligen Homepages der Mitgliedsverbände veröffentlicht.
- Die Einreichung der Kandidatenlisten erfolgt durch den ACA Landesvorstand.

Die Zusammenstellung der Listen sollte möglichst die Zusammensetzung der Versicherten des jeweiligen Trägers widerspiegeln. Bei den Mandaten beträgt der Frauenanteil mindestens 40%. Auf eine zunehmende Beteiligung von jüngeren Erwerbstätigen ist zu achten. Zu berücksichtigen ist, dass ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen erfahrenen Selbstverwalter/innen und neuen Engagierten erreicht wird.



Kompetenzen in der Selbstverwaltung

Durch die Auswahl der Kandidaten/innen ist anzustreben, dass in der ACA-Gruppe in den Selbstverwaltungsorganen folgende fachliche Kompetenzen berücksichtigt werden:

- a) Sozialpolitische Kompetenzen
 - Sie sind informiert über das gegliederte Sozialversicherungssystem
 - Sie sind interessiert an der Weiterentwicklung eines solidarischen sozialen Sicherungssystems
 - Sie verfolgen die aktuellen sozialpolitischen Diskussion und Entwicklungen in den für ihre Sozialversicherung relevanten Bereichen
- b) Kompetenzen der Unternehmensführung
Sie bringen Erfahrungen bzw. Interesse mit in
 - strategischer Planung und Controlling
 - Organisations- und Personalentwicklung
 - Haushaltsplanung und Bilanzen
 - Finanz- und Investitionsplanung
- c) Soziale Kompetenzen
In Hinblick auf die erforderliche Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen in der Selbstverwaltung und mit hauptamtlichen Geschäftsführern bzw. Vorständen.
 - Sie sind kommunikationsfreudig und lösungsorientiert
 - Sie sind in der Lage, Sitzungen vorzubereiten und evtl. auch zu leiten
 - Sie sind aufgeschlossen für die Anliegen der Versicherten und unterstützen sie bei einer sachgerechten Klärung

Diese Anforderungen sind so zu verstehen, dass nicht jede/r Kandidat/in alle diese Voraussetzungen mitbringen muss, sondern dass die ACA Gruppe insgesamt die Kompetenzen einbringen kann. Erwartet wird eine Bereitschaft zur Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen.

Sozialgesetzbuch (SGB I)
Erstes Buch
Allgemeiner Teil

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 18.12.2014 I 2325

§ 1 SGB I Aufgaben des Sozialgesetzbuchs

(1) Das Recht des Sozialgesetzbuchs soll zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit Sozialleistungen einschließlich sozialer und erzieherischer Hilfen gestalten. Es soll dazu beitragen,
ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, zu schaffen, die Familie zu schützen und zu fördern, den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen.

§ 51 SGB IV Wählbarkeit

(1) Wählbar ist, wer am Tag der Wahlausschreibung (Stichtag für die Wählbarkeit)

1. bei dem Versicherungsträger zu einer der Gruppen gehört, aus deren Vertretern sich die Selbstverwaltungsorgane des Versicherungsträgers zusammensetzen,
2. das Alter erreicht hat, mit dem nach § 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Volljährigkeit eintritt, das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag besitzt oder im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland
3. seit mindestens sechs Jahren eine Wohnung innehat, sich sonst gewöhnlich aufhält oder regelmäßig beschäftigt oder tätig ist, eine Wohnung in dem Bezirk des Versicherungsträgers oder in einem nicht weiter als einhundert Kilometer von dessen Grenze entfernten Ort im Geltungsbereich dieses Gesetzbuchs innehat oder
4. sich gewöhnlich dort aufhält oder in dem Bezirk des Versicherungsträgers regelmäßig beschäftigt oder tätig ist.

In der Rentenversicherung gilt § 50 Abs. 1 Satz 3 entsprechend; wer bei einem hiernach zuständigen Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung nach Satz 1 Nr. 4 nicht wählbar ist, ist wählbar bei dem Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung, in dessen Zuständigkeitsbereich er seine Wohnung oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Satz 1 Nr. 2 und 4 gilt auch in den Fällen der Absätze 2 bis 5, Satz 1 Nr. 3 auch in den Fällen der Absätze 2, 4 und 5.

(2) Wählbar als Vertreter der Arbeitgeber ist auch ein gesetzlicher Vertreter, Geschäftsführer oder bevollmächtigter Betriebsleiter eines Arbeitgebers.

(3) Wählbar als Versichertenältester ist, wer versichert oder Rentenbezieher ist und seine Wohnung oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt in dem Versichertenältestenbezirk hat.

(4) Wählbar sind auch andere Personen, wenn sie als Vertreter der Versicherten von den Gewerkschaften oder den sonstigen Arbeitnehmervereinigungen oder deren Verbänden, als Vertreter der Arbeitgeber von den Vereinigungen von Arbeitgebern oder deren Verbänden, als Vertreter der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte von den berufsständischen Vereinigungen der Landwirtschaft oder deren Verbänden vorgeschlagen werden (Beauftragte). Von der Gesamtzahl der Mitglieder einer Gruppe in einem Selbstverwaltungsorgan darf nicht mehr als ein Drittel zu den Beauftragten gehören; jedem Selbstverwaltungsorgan kann jedoch ein Beauftragter je Gruppe angehören. Eine Abweichung von Satz 2, die sich infolge der Vertretung eines Organmitglieds ergibt, ist zulässig.

(5) Bei der Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft sind als Vertreter der Versicherten auch Personen wählbar, die mindestens fünf Jahre lang als Seeleute bei der Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft versichert waren, noch in näherer Beziehung zur Seefahrt stehen und nicht Unternehmer sind.

(5a) Wer nach dem Stichtag für die Wählbarkeit seine Gruppenzugehörigkeit wegen Arbeitslosigkeit verliert, verliert nicht deshalb seine Wählbarkeit bis zum Ende der Amtsperiode.

(6) Wählbar ist nicht, wer

1. aus den in § 13 des [Bundeswahlgesetzes](#) genannten Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
2. auf Grund Richterspruchs nicht die Fähigkeit besitzt, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen,
3. in Vermögensverfall geraten ist,
4. seit den letzten Wahlen wegen grober Verletzung seiner Pflichten nach § 59 Abs. 3 seines Amtes enthoben worden ist,
5. a) als Beamter, Angestellter oder Arbeiter bei dem Versicherungsträger,
b) als leitender Beamter oder Angestellter bei einer Behörde, die Aufsichtsrechte gegenüber dem Versicherungsträger hat, oder
c) als anderer Beamter oder Angestellter bei einer solchen Behörde im Fachgebiet Sozialversicherung beschäftigt ist,
6. a) regelmäßig für den Versicherungsträger oder im Rahmen eines mit ihm abgeschlossenen Vertrags freiberuflich oder
b) in Geschäftsstellen der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See in knappschaftlich versicherten Betrieben tätig ist.

(7) Die Satzung kann bestimmen, dass nicht wählbar ist, wer am Tag der Wahlausschreibung fällige Beiträge nicht bezahlt hat.

(8) Als Versichertenältester ist nicht wählbar, wer zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten zugelassen ist.